



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

IMPULSE 3 JUNI | 2016

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

„Wir wollen nicht wissen, warum es nicht vorwärts geht, sondern wie es trotzdem zu schaffen ist.“ Dieser Satz gilt sicherlich ganz besonders in der Kommunalpolitik, in der wir

als Praktiker ganz konkret gefragt sind, Dinge anzupacken. Das Zitat stammt von Manfred Stolpe, der mit diesem Satz in den Anfangsjahren des damals tatsächlich noch

Neuen Bundeslandes Brandenburg auf den Punkt brachte, was prägende Persönlichkeiten wie ihn und Regine Hildebrandt ausmacht und ausgemacht hat. Mit der Fähigkeit, auf die Menschen zuzugehen und ihnen zuzuhören, ihre Probleme aufzunehmen und mit der pragmatischen Herangehensweise, sich der Lösung dieser Probleme anzunehmen, statt zu lamentieren und sich lediglich in philosophischen Betrachtungen oder Zuständigkeitsstreits zu ergehen, hat sich Manfred Stolpe als Ministerpräsident von 1990 bis 2002 unermessliche Verdienste auch um Brandenburgs Kommunen erworben. Der erste Landesvater Brandenburgs nach der Wiedervereinigung und heutige Ehrenvorsitzende der Brandenburger SPD hat vor wenigen Wochen, am 16. Mai, seinen 80. Geburtstag begangen. Ich möchte Manfred Stolpe auch an dieser Stelle im Namen der SGK Brandenburg herzlich gratulieren.

Ebenfalls möchte ich auch an dieser Stelle meine Glückwünsche an Katrin Lange und Ines Jesse richten. Katrin Lange, die bis zum Jahr 2015 auch dem Vorstand der SGK Brandenburg angehörte, ist im April als Staatssekretärin aus dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung in das Ministerium des Innern und für Kommunales gewechselt. Neue Staatssekretärin im MIL ist seit 3. Mai Ines Jesse, die bis dahin Beigeordnete in der Stadt Falkensee war. Die SGK Brandenburg gratuliert Katrin Lange und Ines Jesse und wünscht ihnen für ihre neuen Aufgaben Energie und Erfolg, vor allem aber auch Freude im neuen Amt. Beide Staatssekretärinnen kennen die Kommunalpolitik bestens und wissen, wo den Kommunen im Land der Schuh drückt. Umso mehr freue ich mich auf die

Inhalt

„Wieso machst Du das, was Dir Spaß macht, nicht zum Beruf?!“

Das Amtsmodell hat sich bewährt
Es hat Zukunft

Wachwerden, nicht weglächeln

Terminankündigung

Zusammenarbeit mit ihnen, die angesichts der vor uns liegenden Themen intensiv sein wird. Das kommunale Infrastrukturprogramm, der Landesentwicklungsplan, die Fortentwicklung des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Infrastruktur sind nur einige Projekte, die das MIL gemeinsam mit den Kommunen im Land umzusetzen hat. Die Verwaltungsstrukturreform und die Lösung der sogenannten Altanschießerfrage sind nur zwei der vielen Themen, die uns auch weiterhin mit dem MIK verbinden. Auf gute Zusammenarbeit also und Glück auf!

Eure

Ines Hübner

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg



Katrin Lange, neue Staatssekretärin im MIK, und Ines Hübner vor dem Kommunalkongress der SGK 2015

Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

„Wieso machst Du das, was Dir Spaß macht, nicht zum Beruf?!“

Interview mit Andreas Igel, Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde

Das Interview führte Niels Rochlitzer

Niels Rochlitzer: Lieber Andreas, im September letzten Jahres haben die Ludwigsfelder Dich bereits im ersten Wahlgang mit 57,58 Prozent zum Bürgermeister gewählt. Der zweitplatzierte Kontrahent der CDU lag 40 Prozent hinter Dir. Das ist für die erste Wahl ein furioses Ergebnis. Wie erklärst du Dir das?

Andreas Igel: Ganz ohne Zweifel war es von Vorteil, dass ich seit vielen Jahren Kommunalpolitiker bin. Ich habe zudem immer wieder unterstrichen, dass es eine der wichtigsten Aufgaben des Bürgermeisters ist, die Verwaltung zu führen. Da konnte ich sicherlich aufgrund meiner vorhergehenden Führungserfahrung sehr viel Vertrauen gewinnen.

Ist ein solches Ergebnis eher Ansporn oder Bürde?

Auf jeden Fall ein Ansporn, weil damit natürlich eine Erwartungshaltung verbunden ist, ein Vorschuss an Vertrauen. Das will ich unbedingt rechtfertigen. Ich sehe die Dinge immer erst einmal von der positiven Seite, so auch hier.

Du bist seit der Wende politisch aktiv, Mitglied der SPD seit 1989, seit 1990 in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde. Vor der Wahl zum Bürgermeister warst Du zudem Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming. Woher nimmt man einen solchen langen Atem, Kommunalpolitik mitzugestalten, woher die Ausdauer?

Kommunalpolitik hat mir immer Spaß gemacht. Und jetzt kommt genau die Frage, die ich mir gestellt habe, als ich mich entschloss, mich zur Wahl zu stellen. Das war übrigens kein Automatismus. Die Frage lautete, wer soll es machen? Ich habe in den letzten Jahren einen ziemlich ambitionierten Beruf gehabt, der



Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Andreas Igel und Andrea Wicklein, MdB Foto: Bettina Lugk

mich extrem in Anspruch genommen hat. Zudem bin ich dreifacher Familienvater. Ich habe mich eben gefragt, warum hast du nie von der Kommunalpolitik gelassen, hast du mit dem Kreistag sogar noch eins oben drauf gesetzt? Ganz einfach: die Freude am Gestalten, der Spaß an der Arbeit mit Gleichgesinnten, das ist das, was mich beflügelt hat. Wieso machst du das, was dir Spaß macht, nicht auch zum Beruf? Und da habe ich beschlossen, ja, ich werfe meinen Hut in den Ring.

Du hast zwei Bürgermeister seit der Wiedervereinigung in Ludwigsfelde erlebt, manche Rückschläge für die Partei vor Ort. Es scheint allerdings so, als sei die SPD in Ludwigsfelde unverwundlich. Habt Ihr ein Geheimrezept, die Menschen immer wieder für Euch zu überzeugen?

Ich denke, dass es das hohe Maß an Sachlichkeit ist. Wir stellen Sachkunde in den Vordergrund und keine Dogmen. Das schafft Vertrauen. Und wir glauben auch, dass wir

durch die Resultate, die wir in den letzten 25 Jahren erzielen konnten, dieses Vertrauen auch gerechtfertigt haben.

Was sagt die Familie dazu? Sicherlich bleibt nun noch etwas weniger Zeit für deine Frau und Deine Kinder?

Meine Familie nimmt mich jetzt etwas weniger gestresst wahr, was vielleicht verwundern mag. Lässt sich aber damit begründen, dass ich jetzt nur noch einen Terminkalender habe und nicht mehr drei. Mein jüngster Sohn hat mich kürzlich gefragt: „Papa, warum wolltest du eigentlich Bürgermeister werden, wenn du keinen Abend früh zu Hause bist?“ Da fiel es mir schon etwas schwer, zu antworten. Aber grundsätzlich unterstützt meine Familie mich dabei, respektiert meine Aufgabe, sagt aber auch, vergiss nicht, dass wir da sind und ich versuche auch, meiner Familie den nötigen Platz einzuräumen.

Inzwischen bist Du ein halbes

Jahr im Amt. Wie hast Du die ersten Wochen und Monate empfunden?

Ich würde es mal beschreiben als ein Wechselbad der Gefühle. Ich habe sehr viel lernen dürfen über das, wie eine Verwaltung intern funktioniert. Ich selbst habe ja, wie gesagt, schon lange als Kommunalpolitiker die Prozesse begleiten dürfen. Die internen Abläufe aber zu erleben, ist noch einmal was ganz anderes. Aus meiner Kenntnis heraus, aus meinem vorhergehenden Beruf, der sehr viel zu tun hat mit funktionaler und prozessualer Optimierung, sehe ich hier aber deutliches Potenzial.

Wie war deine Herangehensweise, die Verwaltungsführung zu übernehmen? Mussten die Beschäftigten von ihrem neuen Chef überzeugt werden?

Die Frage müsste man eigentlich den Beschäftigten selber stellen. Ich nehme aber ein überwiegend positives Feedback wahr. Ich glaube, dass es ein Vertrauen meiner Mitarbeiter zu mir gibt.

Du hast die Verwaltung aus der Perspektive des Vorsitzenden der SVV ja bereits gut studieren können, kanntest ihre Schwächen und Stärken. War das ein Vorteil oder wäre eine unvoreingenommene, unbefangene Herangehensweise leichter?

Ich bin es seit jeher gewohnt, mit Menschen zu arbeiten. Ich glaube, es ist entscheidend, sich selbst zu kontrollieren, Antworten zu reflektieren, Menschen mit Wertschätzung zu begegnen und ihnen etwas zuzutrauen. In der Verwaltung ist das nicht anders als in einem Unternehmen. Menschen wollen ernstgenommen werden und wenn man ihnen das Vertrauen entgegen bringt, wenn man ihnen etwas zutraut, dann wird es im Allgemeinen positiv gerechtfertigt.

Horst Ehmke sagt man nach, als er als Chef des Bundeskanzleramt von seinem CDU-Vorgänger übernommen habe, sei er mit der Maschinenpistole durchs Haus gegangen. Das musstest Du nicht tun?

Das muss man wirklich nicht tun. Mit Maschinenpistolen macht man nur Schaden, nichts Gutes. Man sollte vor allem zuhören. Zuhören, lernen, unterstützen. Das ist die Aufgabe eines Chefs.

Du bist von Haus aus Informtiker und Manager. Inwieweit beeinflusst das Deine Herangehensweise an das Amt?

Kann man durchaus sagen. Ich denke in Prozessen, in Abläufen, das habe ich bereits gesagt. Wenn man in der IT arbeitet, denkt man immer auf Abstraktionsebene und bildet im Endeffekt Funktionen technisch ab, die in allgemeinen Arbeitsabläufen meist genutzt werden, und versucht dabei, Effizienz zu erzielen. Und das hilft mir bei meiner heutigen Aufgabe.

Veränderungen sind für viele zunächst mit Ängsten verbunden, Gewohnheit oder Besitzstände aufgeben zu müssen. Kann man diese Ängste auffangen oder ihnen vorbeugen?

Also Ängsten kann man immer mit klaren Antworten begegnen. Wenn man klare Antworten gibt, kann man auch Veränderungen angehen und Verständnis dafür erzeugen.

Brandenburg steht vor einer Verwaltungsstrukturreform. Ist das auch ein Thema für Dich? Welche Position beziehst Du? Wie stehst Du dem Projekt gegenüber?

Ich komme aus dem Speckgürtel, wo die Notwendigkeit der Verwaltungsstrukturreform vielleicht nicht sofort sichtbar ist. Ich halte sie aber, unabhängig davon, für absolut notwendig. Brandenburg erlebt eine wesentliche demographische und strukturelle Veränderung. Wir werden künftig eine vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte im Speckgürtel von Berlin haben und parallel eine zunehmende Veralterung und Abnahme der Bevölkerung in den Randbereichen im ländlichen Raum.



Andreas Igel und sein CDU-Kontrahent im Bürgermeisterwahlkampf.

Foto: Bettina Lugk

Darauf muss man Antworten finden. Ich bin durchaus ein Verfechter der Verwaltungsstrukturreform in Brandenburg. Wir haben in Ludwigsfelde Einrichtungen der Landesverwaltung, die ich besucht habe und kenne. Vor diesem Hintergrund kann ich berichten, dass wichtig ist, dass die Aufgaben und ihre Erledigung im Interesse der Bürger im Mittelpunkt stehen müssen. Die Strukturen sind dabei natürlich wichtig, dem Bürger aber letzten Endes egal.

Insbesondere viele kleine Kommunen werden künftig nicht mehr handlungsfähig sein, sind es schon jetzt kaum. Auch die großen Kommunen werden im Zuge künftiger Reformen in dem Punkt gefordert und beteiligt sein, etwa im Rahmen von Mitverwaltung oder Eingemeindungen usw.. Ludwigsfelde hat selbst 2003 Erfahrungen als wachsende Stadt gemacht. Wie lief der Prozess damals ab?

Ich rede ungern, sehr ungern von Eingemeindungen, lieber von Gemeindefusionen, denn die waren es ja tatsächlich. Wichtig ist, dass man sich auch auf Augenhöhe begegnet, dass man die Kultur, die Werte, die in den anderen Gemeinden gelebt wird, ernst nimmt, und den Leuten eine Perspektive aufweist, die auch in Zukunft weiter gelebt werden kann. Wenn dies durch anderes Verwaltungshandeln, durch andere Abläufe nur möglich ist, muss man das erklären. Aber ich denke entscheidend ist, das erleben wir heute wie damals mit unseren Ortsteilen, dass die Identität der Menschen in ihrer Heimat erhalten bleibt.

Apropos wachsende Stadt: Ludwigsfelde liegt im Speckgürtel, im engeren Verflechtungsraum, wie man früher sagte, im Berliner Umland, wie es heute heißt. Was bedeutet das für die Stadt?

Wir haben sehr positive Indikatoren. Wir haben eine sehr gut funktionierende Wirtschaft, die eher mit steigenden Zahlen zu tun hat. Das Thema Fachkräftemangel ist eine zunehmende Problematik, der wir uns stellen müssen. Insgesamt ist die Perspektive der Stadt aber eine sehr gute. Wir haben Zuzug. Wir haben eine zunehmende Bevölkerung. Wir müssen vor allem sehen, dass wir mit unserer soziale Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum schritthalten können.

In den vergangenen Monaten hat die Kommunen bundesweit ein Thema beschäftigt, das alles andere dominierte: die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. In Ludwigsfelde war das sicher nicht anders als in anderen Kommunen?

Wir sind in Ludwigsfelde auch da wieder in einer vergleichsweise komfortablen Situation. Wir haben in Ludwigsfelde ca. 400 Flüchtlinge, die alle in den Übergangwohnheimen des Landkreises, der Aufgabenträger ist, untergebracht werden können. Von daher war bei uns nicht die Notwendigkeit, soziale Infrastrukturen wie Turnhallen oder ähnliches für die Nutzung als Übergangs-/Notunterkünfte sperren zu müssen. Ich bin darüber sehr froh. Ich stelle in Ludwigsfelde selbst überwiegend eine positive Resonanz über die zu

uns kommenden Menschen fest.

Wichtig ist in solchen Situationen Kommunikation, auch und gerade mit den Bürgern. Wie hast Du diese Frage gelöst?

Es gab und gibt bei uns Menschen, die sofort, als die Flüchtlingszahlen sehr rasch stiegen, zu uns kamen - aktive Bürger, die sofort von sich aus gesagt haben: „Wir helfen.“ Diese haben sich dann in kleinen, in sich geschlossenen Gruppen organisiert. Aber wir mussten feststellen, dass diese Personen, das war gerade in der Zeit, als ich Bürgermeister wurde, irgendwann auch mit ihrer Leistungsfähigkeit an ihre Grenzen kamen. Ich habe dann von meiner Seite aus ein Unterstützungsangebot in der Gestalt gemacht, die Strukturen der Flüchtlingshilfe zu stärken. Ich wollte schnell helfen und denke, das ist auch gelungen. Inzwischen ist hier das Angebot, allerdings auch der Bedarf breit. Das reicht von den Strukturen, die der Landkreis als Aufgabenträger anbietet, bis hin zu den Strukturen, die wir in der Stadt brauchen, um die Ergänzungen anzubieten. Das betrifft vor allem das Thema „Ankommen in der Stadt“ - Begegnung mit den Menschen und auch die Wohnungsversorgung. Wir sind dazu im ständigen Austausch mit unseren Helfern. Zusätzlich dazu konnte ich die Stadtverordneten davon überzeugen, dass wir über einen freien Träger, der für die Umsetzung verantwortlich ist, einen Flüchtlingskoordinator finanzieren. Dieser nimmt die Aufgabe im Kern auch gut wahr.

Begegnen Dir auch in Ludwigsfelde die sogenannten „besorgten Bürger“, die der Aufnahme von Flüchtlingen sehr kritisch gegenüber stehen? Wie gehst Du mit diesem Thema um? Manche Sorgen versteht man sicherlich, andere sind so irrational, dass man ihnen kaum etwas entgegen kann.

Die Sorgen der Bürger sind meist von Unkenntnis geprägt. Es ist dort wie in allen anderen Themen. Wenn man Transparenz für die wirklichen Probleme schafft, steigt die Bereitschaft der Unterstützung und vor allem auch das Verständnis. Wir haben in Ludwigsfelde derzeit, und darüber bin ich auch sehr froh, oder in der

Vergangenheit, keine ausländerfeindlichen Aktivitäten verzeichnen müssen. Die Bevölkerung akzeptiert die Situation und unterstützt.

Noch einmal zurück zu Deinem Weg ins Rathaus: Welche Unterstützung war vor der Wahl besonders wertvoll und welche hättest Du dir zusätzlich gewünscht?

Für mich war es schwierig, für die Wahl, für die Wahlaktivitäten, Akteure auf Landesebene zu gewinnen.

Das habe ich zunächst als hinderlich empfunden. Im Nachhinein muss ich aber sagen, dass es wahrscheinlich auch im Rahmen der von den Bürgern empfundenen Chancengleichheit gegenüber den anderen Bewerbern dann doch nicht als Nachteil wahrgenommen wurde. Letztendlich wurde so das Handeln der Personen selbst in den Vordergrund gestellt, womit ich ja offensichtlich überzeugen konnte.

Welchen Rat kannst Du Kandida-

tinnen oder Kandidaten mit auf den Weg geben, die ebenfalls für den Bürgermeistersessel kandidieren?

Macht euch mit der Aufgabe vertraut. Überlegt, was für Aufgaben auf euch zukommen. Überlegt, was ihr bisher aus eurer Lebenserfahrung mitbringt und ob ihr euch der ständigen öffentlichen Beobachtung, Kritik, es kann aber auch Lob sein, über lange Zeit aussetzen möchtet. Das ist das eine. Das zweite ist aber auch: Es ist eine wunderbare Aufga-

be, in der man mit Kreativität sehr viel gestalten kann. Wer für sich in Anspruch nimmt, Gestalter zu sein, bringt sicherlich eine wesentliche Eigenschaft für diese Aufgabe mit ein.

Andreas, vielen Dank, dass Du Dir die Zeit für das Interview genommen hast. Die SGK Brandenburg wünscht Dir weiterhin viel Erfolg und auch Freude bei Deiner wichtigen Aufgabe!

Das Amtsmodell hat sich bewährt Es hat Zukunft

Thesen zur vorgesehenen Änderung der Gemeindestrukturen im Land Brandenburg

Autor Dr. Stephan Wilhelm, Ministerialrat a. D.

1. Es bedarf keiner grundlegenden Revision der Ergebnisse der Gemeindestrukturreform 2000 bis 2003; Korrekturbedarf ergibt sich vor allem für Verwaltungseinheiten mit unter 5000 Einwohnern und prognostiziertem weiteren Bevölkerungsrückgang.

2. Bei allen Reformüberlegungen, insbesondere bei Korrekturen von zwischen 2000 und 2003 erfolgten Gemeindezusammenschlüssen, sind die erhöhten verfassungsrechtlichen Anforderungen an Rück- und Neugliederungen zu beachten. Dem Gesetzgeber ist es zwar nicht verwehrt, aufgrund neuerer Entwicklungen und Erkenntnisse seine früheren Ziele und Grundsätze für die Gemeindegebiets- und Verwaltungsstruktur abzuändern. Er ist aber verpflichtet, das Erfordernis für die Neustrukturierung in gesteigerter Weise zu begründen. Auch bei der Einamtung bisheriger, im Ergebnis der Reform 2000 bis 2003 entstandener amtsfreier Gemeinden und bei der Bildung größerer Ämter, die Anwendungsfälle einer Mehrfachzuordnung von Gemeinden darstellen, sind erhöhte Vertrauensgesichtspunkte zu berücksichtigen.

3 Eine Weiterentwicklung des Am-

tes zu einer Verbandsgemeinde (oder auch „Amtsgemeinde“) ist zumindest bei verstärkter landesgesetzlicher Zuweisung von gemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben mit rechtlichen Risiken behaftet. In Rheinland-Pfalz (RP) wurde den Verbandsgemeinden bei deren Bildung Anfang der 70er Jahre die wichtige Aufgabe des örtlichen Brand- und Katastrophenschutzes übertragen. In Brandenburg nehmen die Ämter diese Aufgabe seit 1994 (neben den amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städten) als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr. Darüber hinaus sind die Ämter nach § 100 Abs. 1 Satz 1 BbgSchulG i. V. m. § 133 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf Träger von Grundschulen. Und die Wasser- und Abwasserentsorgung wird schon aufgrund der hydrologischen und geografischen Gegebenheiten vor allem im ländlichen Raum weit überwiegend von Zweckverbänden wahrgenommen, so dass es einer flächendeckenden gesetzlichen Übertragung dieser Aufgabe auf die Amtsebene nicht bedarf.

4. Um verfassungsrechtliche Risiken von Rück- und Neugliederungen zu minimieren – insbesondere bei Einamtionen von im Zuge der Gemeindestrukturreform 2000 bis

2003 entstandenen amtsfreien Gemeinden – und um zugleich die Zahl der Verwaltungseinheiten deutlich reduzieren zu können, werden folgende neue bzw. wiedereingeführten Strukturformen gemeindlicher Verwaltung empfohlen:

a) Amtsmodell 3, d. h. Verwaltung eines angrenzenden Amtes durch eine benachbarte amtsfreie Gemeinde. Dadurch kann die Einamtung kleiner amtsfreier Gemeinden (mit dem Ziel der Schaffung eines Groß-Amtes) vermieden werden. Zugleich aber werden größere Verwaltungseinheiten unter weitgehender Berücksichtigung der Ergebnisse der Gemeindestrukturreform 2000 bis 2003 geschaffen (bisherige eigene Amtsverwaltung fällt weg).

b) Modell der erfüllenden Gemeinde zur Verwaltung einer (oder mehrerer) kleinerer amtsfreier Gemeinden durch eine angrenzende, deutlich größere amtsfreie Gemeinde. Erst im Ergebnis der Gemeindestrukturreform 2000 bis 2003 entstandene amtsfreie Gemeinden müssen bei Anwendung dieses Modells nicht in eine größere amtsfreie Gemeinde eingegliedert werden (z. B. Gemeinde Seddiner See nach

Beelitz oder Michendorf) sondern behalten ihre Selbständigkeit. Die ihre Selbständigkeit behaltenden Gemeinden bilden eine Verwaltungsgemeinschaft, deren rechtliche Grundlagen in der BbgKVerf oder dem GKG normiert werden müssten. Es sollte auch vorgesehen werden, dass das Ministerium des Innern die Bildung (sowie die Änderung und Auflösung) einer Verwaltungsgemeinschaft aus Gründen des Gemeinwohls anordnen kann. Die erfüllende Gemeinde ist (so wie das Amt) Träger der ihr gesetzlich übertragenen Weisungsaufgaben (Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und der Auftragsangelegenheiten) und verwaltet die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft (Vorbereitung und Vollzug der Beschlüsse, Besorgung der Geschäfte der laufenden Verwaltung, Kassen- und Rechnungsführung). Weitere Selbstverwaltungsaufgaben können auf die erfüllende Gemeinde übertragen werden.

5. Im ländlichen Raum sollte darüber hinaus (wie in jüngster Zeit zwischen den Ämtern Lieberose und Oberspreewald bzw. Golßener Land und Unterspreewald) eine Fusion kleinerer Ämter erfolgen,

sofern dies raumstrukturell sachgerecht ist. Auch bei einem solchen „bloßen“ Ämterzusammenschluss sind im Falle einer Anordnung aber Vertrauensgesichtspunkte zu berücksichtigen (s. Nr. 2).

6. Eine Wiedereinführung des Amtsmodells 2 (Verwaltung durch eine dem Amt angehörende Gemeinde) ist grundsätzlich nicht zielführend, da nur die Verwaltung des Amtes (mit Sitz in einer amtsangehörigen Gemeinde) vom Amt auf eine dem Amt angehörende Gemeinde übergehen würde. Erforderlich erscheint dieses Modell nur, wenn auf die Wiedereinführung des Amtsmodells 3 verzichtet wird und kleine amtsfreie Gemeinden in bestehende Ämter eigeamtet werden sollen. Davon wird aber wegen der erhöhten verfassungsrechtlichen Anforderungen der auf die erlangte Amtsfreiheit vertrauenden Gemeinden abgeraten (s. Nr. 2).



Der Autor, Dr. Stephan Wilhelm, hier als Referent der Kommunalakademie der SGK Brandenburg.

Foto: N.Rochlitzer / SGK Brandenburg

7. Unbeschadet der Strukturmodelle nach den Nr. 4 und 5 sollte in Weiterführung der Gemeindereform 2000 bis 2003 auch auf eine Stärkung bestehender amtsfreier Gemeinden durch Eingliederung umliegender Gemeinden und auch auf die Umbildung von Ämtern in amtsfreie Gemeinden hingewirkt werden, weil amtsfreie Gemeinden die ungeteilte Wahrnehmung von gemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und Auftragsangelegenheiten auf der unteren kommunalen Ebene ermöglichen und durch die Einheitlichkeit der gemeindlichen Willensbildung im Verhältnis von Bürgerschaft, Vertretung und Verwaltung gekennzeichnet sind.

8. Der Umwandlung der Ämter in sog. Amtsgemeinden (mit direkt gewählter Amtsgemeindevertretung) bedarf es nicht; sie ist verfassungsrechtlich nicht geboten und

in der Sache wenig zielführend. Zwar hat das LVerfG Schleswig-Holstein mit Urteil vom 26.02.2010 darauf verwiesen, dass es bei einer umfänglichen Wahrnehmung von Selbstverwaltungsaufgaben durch das Amt an einem Entscheidungsorgan mit unmittelbarer demokratischer Legitimation durch die Bürger fehle. Die Brandenburger Rechtslage unterscheidet sich aber von der schleswig-holsteinischen. Nach § 135 Abs. 5 Brandenburger Kommunalverfassung erfüllt das Amt „eine einzelne Selbstverwaltungsaufgabe der amtsangehörigen Gemeinde nur dann an deren Stelle, wenn die Gemeindevertretungen mehrerer Gemeinden des Amtes die Aufgabe auf das Amt übertragen haben.“ Die Brandenburger Gemeinden eines Amtes sind daher schon von Gesetzes wegen gehindert, beträchtliche Teile ihrer Selbstverwaltungsaufgaben auf das Amt zu übertragen – und in der Praxis gibt es bisher auch keine Tendenz in die-

se Richtung. Eine Amtsgemeinde würde die Mehrstufigkeit der Entscheidungsfindung auf der unteren kommunalen Ebene zementieren und für die Bürger schwer nachvollziehbar gestalten: Bei landesweiten Kommunalwahlen müsste in Amtsgemeinden mit mehreren Ortsteilen regelmäßig zugleich der Kreistag, die Amtsgemeindevertretung, die Ortsgemeindevertretung und der Ortsvorsteher/Ortsbeirat gewählt werden. Hier dürfte sich in manchen Regionen des Landes auch die Frage ausreichender Kandidaten für eine pluralistischen Grundsätzen genügende Wahl stellen.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Wach werden, nicht weglächeln!

Ein Zwischenruf von Niels Rochlitzer

„Rot-Rot verliert die Mehrheit.“ Was muss passieren, wenn selbst das NEUE DEUTSCHLAND mit einer Schlagzeile titelt, die man plakativ auch bei Springer nicht finden würde? Infratest dimap hat im Auftrag der Märkischen Oderzeitung Umfragewerte erhoben, wie sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger entscheiden würden, fänden „am nächsten Sonntag“ Landtagswahlen statt. Tatsächlich bergen die Zahlen der Demoskopie eine unangenehme Überraschung. Während demnach die SPD im Vergleich zur letzten Landtagswahl knapp drei Prozent verlore und der Koalitionspartner, Die LINKE, 1,6 Prozent einbüßen müsste, stagnieren die Oppositionsparteien CDU und Grüne bei 23 bzw. 6,2 Prozent. Wirklich erschreckend ist allerdings der demoskopische Wert der AFD, denen aktuell 20 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger ihre Stimme geben würden, knapp 8 Prozent mehr als bei der Landtagswahl im September 2014. Damit hat die aktuelle Landesregierung in Potsdam zumindest demoskopisch im Moment tatsächlich keine eigene Mehrheit. Die Opposition von grün über schwarz bis braun-blau jubelt, die Freischärler um Renegat Christoph Schulze sowieso, und attestiert der Koalition Unfähigkeit und Untätigkeit. Natürlich ist das noch kein Grund, den Schlüssel der Staatskanzlei der Opposition vor die Füße zu werfen wie dereinst Vercingetorix seine Waffen dem Cäsar. Demoskopie ist sehr viel stärker aktuellen Stimmungen und kurzzeitigen Trends unterworfen als Wahlergebnisse. Und dennoch: gerade im Osten der Republik nehmen die traditionellen Parteibindungen, wenn sie sich überhaupt jemals entwickelt haben, sehr viel schneller ab als in der alten Bundesrepublik. „Der Wähler“, ohnehin ein scheues und wechselhaftes Reh, ist im Osten noch einmal erheblich volatiler.

Auch entgegen Bundestrends konnte sich die Sozialdemokratie

bei Landtagswahlen in Brandenburg seit 1990 noch immer als stärkste Partei behaupten. Das ist aber weder ein Naturgesetz noch auf dem Sinai in Stein gemeißelt. Wie schnell die Wirklichkeit die Demoskopie sogar noch zu überflügeln vermag, konnte man bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im März studieren. Alle Meinungsforschungsinstitute sahen die AFD vor der Wahl bei Werten unter 20 Prozent. Offensichtlich besteht eine Scheu, selbst am Telefon zuzugeben, man wolle seine Stimme den Rechtspopulisten geben. Unbeobachtet in der Wahlkabine lässt sich hingegen ganz hemmungslos das Kreuz bei der AFD setzen. Als sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker können wir solche Umfragewerte nicht als Momentaufnahme abtun oder lediglich

als Randnotiz zur Kenntnis nehmen. Landes- und Kommunalpolitik sind eng miteinander verflochten und Kommunalwahlen, wenn auch mit sehr viel stärkerem Akzent auf den kandidierenden Personen, finden nicht unbeeinflusst von landes- und bundesweiten Trends statt. Wenn die SPD in Umfragen verliert und jede/r fünfte angibt, den Rechtspopulisten der AFD seine Stimme geben zu wollen, muss das uns allen ein Warnschuss sein! Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es unser Anspruch, stets die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit zu haben – „...mit uns geht die neue Zeit.“ Wenn wir das Wort ergreifen, müssen wir sagen, was uns ausmacht, aus welchen Gründen die SPD für eine sozialere, gerechtere und zugleich freiere Gesellschaft steht. Ja, wir müssen die AFD

inhaltlich stellen. Es genügt hierzu aber nicht, mit dem Finger auf Gauland und Co. zu zeigen, zu sagen, wie doof der ganze Verein ist, und alle miteinander zu stigmatisieren. Beweisen wir doch lieber, wie leer ihre Phrasen sind, indem wir unsere Worte mit Inhalt, mit Ideen und mit Begeisterung für die Sache füllen. Was ganz konkret ist unser sozialdemokratischer Plan für die Zukunft unseres Landes und unserer Kommunen? Wenn wir die richtigen Antworten gefunden haben und es uns gelingt, die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Antworten zu erreichen, gar zu überzeugen, werden Umfragewerte auch wieder Grund für ein echtes Lächeln sein, nicht nur ein betretenes, ignorantes oder hilfloses Weglächeln.

Terminankündigung

Akademie BESSER BÜRGERMEISTERN – 1. Durchgang

14. bis 15. Oktober 2016 (mit Teilnahme am Landesparteitag)

25. bis 26. November 2016

10. bis 11. Februar 2017

17. bis 18. Februar 2017

Heimvolkshochschule Seddiner See

Das Programm wird noch bekannt gegeben.